



Durchwahl: 0511 3030-2151  
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7  
(Kurzbericht-10-Wo-Ja-Mai)

13. März 2019

## KURZBERICHT

### über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 4. bis 8. März 2019

#### Montag, 4. März 2019

##### 1 Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (16. Sitzung)

###### Beratungsthemen:

##### 1. Unterrichtung durch die Landesregierung über den Sachstand der Bauvorhaben an den Universitätskliniken UMG und MHH

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch den Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler, entgegen und führte darüber eine Aussprache.

##### 2. Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema Schloss Marienburg

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch den Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler, entgegen und führte darüber eine Aussprache.

##### 3. Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Folgen des Brexit für niedersächsische Hochschulen und Forschungseinrichtungen

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **[Chancen der Künstlichen Intelligenz in Niedersachsen ausbauen, Anwendungen in den Zukunftsbranchen fördern](#)**

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2582](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, in seiner Sitzung am 29. April 2019 eine Anhörung nach dem Schlüssel 2/2/1/1/1 zu dem Antrag durchzuführen. Die Namen der Anzuhörenden sollen der Landtagsverwaltung bis zum 8. März 2019 übermittelt werden.

5. **[Konzept Landesmuseen 2035](#)**

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2890](#)

Der - federführende - Ausschuss begann mit der Beratung und kam überein, sich in seiner Sitzung am 29. April 2019 durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unterrichten zu lassen.

6. **[Vielfalt des kulturellen Lebens in Niedersachsen fördern](#)**

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2899](#)

Der - federführende - Ausschuss kam überein, sich in seiner nächsten Sitzung am 18. März 2019 durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand unterrichten zu lassen. Ferner nahm er in Aussicht, in seiner Sitzung am 20. Mai 2019 eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

7. **Besprechung von Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss verständigte sich darauf, am 19. August 2019 eine auswärtige Sitzung im paläon - Forschungs- und Erlebniszentrum Schöniger Speere - durchzuführen. Ferner setzte er die Planungen zur Vorbereitung einer parlamentarischen Informationsreise fort.

**2 Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz**

(34. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **[Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum \(NZwEWG\)](#)**

[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2448](#)

Der Ausschuss für zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Stadt Göttingen
- Stadt Delmenhorst
- Stadt Norderney
- Haus & Grund Niedersachsen e. V.
- Deutscher Mieterbund Hannover e. V.
- Deutscher Ferienhausverband e. V.
- Airbnb Germany GmbH, Public Policy Germany, Austria & Switzerland,

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3014](#)

Die Landesregierung stellte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und wesentliche Ergebnisse der Verbandsbeteiligung vor. Sodann erörterte der Ausschuss Verfahrensfragen und kam überein, in der für den 29. April 2019 die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände anzuhören. Ferner wurde vereinbart, ergänzende schriftliche Stellungnahmen einzuholen; die betreffenden Organisationen und/oder Fachleute sollen von den Fraktionen zeitnah nach dem Schlüssel 2/2/1/1/1 benannt werden. Die abschließende Beratung ist für das Mai-Plenum vorgesehen.

3 **Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“**  
(7. und 8. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. [Erörterung zu Abschnitt II des Einsetzungsbeschlusses in der](#)  
[Drs. 18/2351 - Stationäre medizinische Versorgung -](#)

Die Kommission begann mit der Erörterung zu Abschnitt II des Einsetzungsbeschlusses in der Drs. 18/2351 - Stationäre medizinische Versorgung. Sie nahm einen Bericht der Landesregierung zur aktuellen Situation der niedersächsischen Krankenhäuser sowie Stellungnahmen der in der Kommission vertretenen Mitglieder der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft, der Krankenkassen und der kommunalen Spitzenverbände zu Abschnitt II Nrn. 1 bis 3 entgegen.

Die Anhörung des Landespatientenschutzbeauftragten Dr. Peter Wüst vertagte sie auf die Sitzung am 18. März 2019.

2. **Festlegung der Tagesordnung für die nächste Sitzung am 18. März 2019**

Die Kommission legte die Tagesordnung für die nächste Sitzung fest.

3. **Verschiedenes**

**Dienstag, 5. März 2019**

4 **Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“**  
(9. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Aktueller Sachstand des Ausbaus der Mittelweser“**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation der Nordseewerke**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur Insolvenz der Elsflether Werft AG und den damit verbundenen Auswirkungen auf Niedersachsen**

Der Unterausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **[Nordsee schützen: Frachtgut professionell sichern!](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2574](#)**

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Sachstand

Der Unterausschuss setzte die Antragsberatung fort, indem er eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegennahm und darüber eine Aussprache führte. Er beschloss, am 21. Mai 2019 die BG Verkehr anzuhören, und stellte den Arbeitskreissprechern der Fraktionen anheim, der Landtagsverwaltung weitere anzuhörende Sachverständige zu benennen.

5. **[Aufforderung zur Änderung der Anlaufbedingungsverordnung \(AnIBV\)](#)  
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2766](#)**

Der Unterausschuss nahm die Beratungen auf. Hierzu lag ihm ein Antrag der Koalitionsfraktionen auf Unterrichtung durch die Landesregierung vor. Der Unterausschuss beschloss, die Unterrichtung durch die Landesregierung am 21. Mai 2019 entgegenzunehmen.

6. **Besprechung von Terminangelegenheiten**

Der Unterausschuss beschloss, seine parlamentarische Informationsreise nach Norwegen und Schweden vom 26. bis 30. August 2019 durchzuführen.

Er bekräftigte seinen in der 8. Sitzung gefassten Beschluss, die ursprünglich für den 2. April 2019 vorgesehene Sitzung ausfallen zu lassen.

Auf Wunsch der Fraktion der FDP vereinbarte der Unterausschuss, sich in einer der nächsten Sitzungen über den Abschlussbericht zur Havarie des Bulkcarriers MS Glory Amsterdam unterrichten zu lassen.

## **Mittwoch, 6. März 2019**

### **5 Ausschuss für Haushalt und Finanzen (47. Sitzung)**

#### **Beratungsthemen:**

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Sachstand der Bauvorhaben an den Universitätskliniken UMG und MHH**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch den Minister für Wissenschaft und Kultur entgegen und führte darüber eine Aussprache.

## 2. Vorlagen

**Vorlage 104** (MWK) - Hochbaumaßnahmen des Landes; Haushaltsplan 2019, Einzelplan 06, Kapitel 0604, Titelgruppe 70-73; Stiftung Hochschule Osnabrück, Neubau eines Agro-Technicum am Westerberg (EFRE Förderperiode 2014-2020)

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

**Vorlage 105** (MWK) - Hochbaumaßnahmen des Landes; Haushaltsplan 2019, Einzelplan 06, Kapitel 0604, Titelgruppe 70-73, Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Standort Suderburg-Erweiterungsbau für Fakultät Handel und Soziales

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

**Vorlage 106** (MF) - Hochbauten, Veranschlagung von Baumaßnahmen und Verfahren bei Nachträgen

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

## 3. [Land muss seiner Verantwortung gegenüber Landesbeamten gerecht werden!](#) [Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2024](#)

Der Ausschuss setzte die Mitberatung fort. Er nahm die Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Beamtenbesoldung und den daraus erwachsenden potentiellen Auswirkungen und Risiken für den Landeshaushalt entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und der CDU, die Mitberatung bis zum Vorliegen eines Gesetzentwurfs zur Übertragung der jüngsten Tarifeinigung im öffentlichen Dienst auf den Beamtenbereich zu unterbrechen und sie dann wieder aufzunehmen. Den Verfahrensantrag des Ausschussmitglieds der Fraktion der FDP auf Abschluss der Mitberatung lehnte er ab.

## 4. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die von den Ländern (mit Ausnahme Hessens) mit den Gewerkschaften getroffene Tarifeinigung im öffentlichen Dienst und ihre möglichen Auswirkungen auf den hiesigen Landeshaushalt**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

## 5. [100 Millionen Euro Soforthilfe für die niedersächsischen Landwirte](#) [Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1406](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP*

*Ablehnung: AfD*

*Enthaltung: -*

6. **Aktenvorlagebegehren der FDP-Fraktion vom 8. Februar 2019 zum „Fusionsprozess zwischen NORD/LB und BLB im Jahr 2017“**

Der Ausschuss nahm den Antrag zur Kenntnis. Die Ausschussmitglieder aller Fraktionen schlossen sich dem Aktenvorlagebegehren an.

7. **Aktenvorlagebegehren des Ausschussmitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den in dem eingefügten Antrag vom 18. Februar 2019 aufgelisteten Themenschwerpunkten im Zusammenhang mit der NORD/LB**

Der Ausschuss nahm den Antrag zur Kenntnis. Die Ausschussmitglieder aller Fraktionen schlossen sich dem Aktenvorlagebegehren an.

8. **[Eigenständige und starke Braunschweigische Landessparkasse in kommunaler Trägerschaft auf den Weg bringen](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/3038](#)**

Der Ausschuss begann mit der Beratung.

**6 Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

(27. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des niedersächsischen Fischereigesetzes](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - Drs. 18/2904](#)**

Der Ausschuss begann mit der Gesetzesberatung. Er nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen, erbat eine rechtliche Stellungnahme des GBD und kam überein, die Beratungen in der Sitzung am 20. März 2019 fortzusetzen.

2. **[Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenarbeit bei Überwachungs- und Untersuchungsaufgaben im Verbraucherschutz- und Tiergesundheitsbereich](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2769](#)**

Der Ausschuss hatte dem Landtag in seiner 26. Sitzung am 20. Februar 2019 einstimmig empfohlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Heute verständigte er sich auf einen schriftlichen Bericht. Die Berichterstattung übernahm Abg. Hermann Grupe (FDP).

3. a) **[Digitalisierung in der Landwirtschaft: Chancen nutzen - Abhängigkeiten und Datenklau vermeiden](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2895](#)**

b) **[Näher am Verbraucher, näher am ökologischen und ökonomischen Optimum - Chancen der Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen - Umsetzung durch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm \(AFP\) voranbringen](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/161](#)**

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags zu a) auf und setzte die Beratung zu dem Antrag zu b) fort. Auf Wunsch des Sprechers der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vereinbarte er, in der Sitzung am 20. März 2019 zu dem Antrag zu a) eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

4. [Nährstoffkreisläufe verbessern - Pflanzen bedarfsgerecht ernähren - Wasserqualität sichern](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2026](#)

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung über das Grundwassermessstellennetz

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Er nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. [Reform der Europäischen Agrarpolitik ab 2021: Öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen!](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1529](#)

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, FDP, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE

*Enthaltung:* -

### **Außerhalb der Tagesordnung**

Der Ausschuss vereinbarte, in einer ganztägigen auswärtigen Sitzung am 21. August 2019 drei Schlachthöfe zu besichtigen und sich dort über die Schlachtung von Schweinen, Rindern und Geflügel zu informieren.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, die ursprünglich für die 19. KW des Jahres 2019 geplante parlamentarische Informationsreise auf den Mai 2020 zu verschieben.

### **Donnerstag, 7. März 2019**

**7 Ausschuss für Inneres und Sport**  
(46. - teilweise nicht öffentliche - Sitzung)

#### **Beratungsthemen:**

#### **Öffentlicher Sitzungsteil**

1. **Beschlussfassung über einen Antrag der FDP-Fraktion auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Stand der Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Rising Boys Hannover**

Der Ausschuss folgte dem Unterrichtungswunsch einstimmig und bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung.

2. [Ehrenamt stärken - Datenschutz-Grundverordnung für Vereine handhabbar machen!](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1536](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag in der Fassung der Vorlage 14 anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, FDP, AfD

*Ablehnung:* GRÜNE

*Enthaltung:* -

3. [Feierliche Gedenkstunde zum Jahrestag des 28. August 1941](#)  
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/599](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, FDP, GRÜNE

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* -

4. [Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen im Niedersächsischen Landeswahlgesetz \(NLWG\) und im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz \(NKomVG\)](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/29](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die dort anhängige Wahlprüfungsbeschwerde entgegen. Das MS hatte darauf hingewiesen, dass auch das Kammergesetz für die Heilberufe und das Kammergesetz für die Heilberufe in der Pflege betroffen seien und die entsprechenden Regelungen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens ebenfalls geändert werden sollten. Der Ausschuss verständigte sich zum weiteren Verfahren darauf, den GBD um eine Vorlage zu dem Gesetzentwurf zu bitten und dabei auch die vom MS genannten Regelungen zu berücksichtigen. Ferner bat er die - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, die Mitberatung bis zum 20. März abzuschließen, um mit dem Gesetzentwurf gegebenenfalls das März-Plenum erreichen zu können.

Für die Fortsetzung der Beratung im Innenausschuss wurde der 14. März in Aussicht genommen.

5. [Gemeinsame europäische Asylpolitik](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2887](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen und bat um eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema.

6. [Die gute Idee eines „Rechtsschutzfonds für Einsatzkräfte“ mit Leben füllen - Einsatzkräfte nicht im Stich lassen!](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2902](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er verständigte sich auf eine Anhörung und bat die Fraktionen, bis zum 12. März die Anzuhörenden zu benennen. Ferner nahm er eine Unterrichtung durch die Landesregierung im Anschluss an die Anhörung in Aussicht.

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand des Aufbaus eines Rechen- und Dienstleistungszentrums TKÜ**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung - zum Teil in **nicht öffentlicher Sitzung** - entgegen und führte darüber eine Aussprache.



**8 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**  
(38. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2556](#)

dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT:

**Bessere Pflege für Niedersachsen und Deutschland**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/374

- b) [Interessen der Pflegekräfte in Niedersachsen schützen - Pflegekammer zur freiwilligen Vereinigung der Niedersächsischen Pflege umbauen oder Kammergesetz anpassen](#)

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2578](#)

**dazu:** Eingaben 518/18, 614/18, 770/18, 795/18, 838/18 (+ 37 Folgesätze), 852/18 (+ 343 Folgesätze), 853/18 (+ 1.513 Folgesätze) und 854/18 (+ 98 Folgesätze)

- c) [Vollbefragung zur Pflegekammer](#)

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2886](#)

- d) [Selbstverwaltung der Pflegekräfte stärken!](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2897](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs und der Anträge zu a) und b) auf der Grundlage der Vorlage 9 fort und begann mit der Beratung des Anträge zu c) und d).

2. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1383](#) neu

- b) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)

[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2461](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung der Gesetzentwürfe fort.

3. [Gesundheit fördern - Bürger vor der Ausbreitung von Scabies/Krätze wirksam schützen!](#)

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2905](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand.

**9 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung**  
(24. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. [Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2227](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 2) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

*Berichterstattung (schriftlicher Bericht):* Abg. Claudia Schüßler (SPD).

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Reise von Ministerin Honé in das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland vom 10. bis 13. Februar 2019**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand zum Wiederaufbau der Friesenbrücke**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. [Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Königreich der Niederlande weiter verbessern](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/851](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsantrags zur abschließenden Beratung im März-Plenum an. Er empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

5. [Europa - Chancen für alle! Europäische Austauschprogramme für die gesamte junge Generation zugänglich machen - Niedersachsen in Europa weiter stärken](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/1402](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsantrags zur abschließenden Beratung im März-Plenum an. Er empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* GRÜNE, FDP

6. [Reform der Europäischen Agrarpolitik ab 2021: Öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen!](#)

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1529](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich gegen die Stimme der Fraktion der Grünen mit den Stimmen der anderen vier Fraktionen der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Antrag abzulehnen.

7. [EU-Angelegenheiten](#)

[Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand der Umsetzung der Kommissionspriorität „Digitaler Binnenmarkt: Hindernisse beseitigen - Online-Potenzial ausschöpfen“ unter besonderer Berücksichtigung des Kommissionsvorschlags für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt \(COM\(2016\) 593 final - 2016/0280\(COD\)\)](#)

[Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um eine kurze schriftliche ergänzende Übersicht, was im Zuge der Beratungen auf der EU-Ebene unternommen worden sei und welche anderen Möglichkeiten und Vorschläge es dabei gegeben habe, um die unterschiedlichen Interessen in Einklang zu bringen.](#)

[Ferner nahm er im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf den \*\*Brexit\*\* schriftliche Unterrichtungen zu Vorschlägen für Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates zum Luftverkehr, zum Güterkraftverkehr, zum Europäischen Meeres- und Fischereifonds, zur sozialen Sicherheit sowie zu Erasmus+ \(Bundratsdrucksachen 14/19, 15/19, 16/19, 49/19, 59/19 und 60/19\) entgegen.](#)

8. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss erörterte Terminangelegenheiten. In diesem Zuge bat er die Fraktionen um eine zeitnahe Rückmeldung an die Landtagsverwaltung, ob in Anbetracht der in der heutigen Sitzung abgeschlossenen Beratungen auf die für den 21. März 2019 vorgesehene Sitzung verzichtet werden kann.

## **Freitag, 8. März 2019**

### **10 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung (29. Sitzung)**

#### **Beratungsthemen:**

1. [Fahrradmobilitätskonzept Niedersachsen jetzt veröffentlichen](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2829](#)

**dazu:** Unterrichtung durch den Staatssekretär im Nds. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung Herrn Dr. Lindner: zum Thema „Vorstellung des Gutachtens zum Fahrradmobilitätskonzept“

Der Ausschuss begann mit der Antragsberatung. Er nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1383](#) neu
- b) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2461](#)

**hier:** Abgabe einer Stellungnahme

Der Ausschuss führte anhand der Vorlage 19 die Mitberatung gemäß § 28 Abs. 4 GO LT durch und beschloss, dem federführenden Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift über diese Sitzung zu übermitteln, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

3. [Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung der Clausthaler Bergbaukasse](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3039](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch und beschloss, dass die Clausthaler Bergbaukasse, wie im Gesetzentwurf vorgeschlagen, mit Ablauf des 31. Dezember 2019 aufgelöst werden soll. Mit dieser Maßgabe empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

Als Berichterstatter wurde der Abg. Stefan Klein (SPD) benannt.

4. [Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen, Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1394](#)

**hier:** Abgabe einer Stellungnahme

Der Ausschuss führte die Mitberatung gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT durch. Er beschloss, dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift über diese Sitzung zu übermitteln, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

5. [Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für Sek II jetzt!](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2576](#)

**dazu:** Eingabe 00747/06/18

Der Ausschuss erörterte eine Verfahrensfrage mit dem Ziel, das in der 27. Sitzung am 8. Februar 2019 vereinbarte weitere Vorgehen zu konkretisieren, und beschloss, dass die Fraktionen der Landtagsverwaltung die Tarif- und Verkehrsverbände, die um eine schriftliche Stellungnahme gebeten werden sollen, benennen.

6. [Planungsunterlagen müssen zwischen Behörden endlich digital übertragen werden](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2815](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Auf Vorschlag der Koalitionsfraktionen beschloss er, in der nächsten Sitzung eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen. Sie baten um Informationen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und zu den auf Landes- und Bundesebene ergriffenen Gesetzesinitiativen. Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erbittet in Bezug auf die Nr. 4 des Forderungskatalogs der Entschließung Informationen über den Stand der Umsetzung der „wichtigen Projekte des Bundesverkehrswegeplans“.

7. [Nachhaltige Gründungsoffensive für Niedersachsen](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2828](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss er, in der nächsten Sitzung eine Unterrichtung durch die Landesregierung über die bisherige Entwicklung der Gründerkultur in Niedersachsen entgegenzunehmen.

Seitens der SPD-Fraktion wurde darum gebeten, dass der Ausschuss nach Möglichkeit schon bei dieser Gelegenheit über das Ergebnis der Evaluation der Gründerzentren informiert wird.

Die FDP-Fraktion bat darum, dass die Landesregierung dem Ausschuss mitteilt, in welchem Umfang die Inhalte des Gutachtens zur Gründerkultur in die Überlegungen zu einer Stärkung der Gründerkultur in Niedersachsen einbezogen werden, und über die finanzielle Situation der Innovationsförderung in Niedersachsen im Jahre 2019 und in den Folgejahren zu informieren.

8. [Kein Bürokratie-Stipendium schaffen - Gründerstipendien gründerfreundlich gestalten!](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2889](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Auf Antrag des Sprechers der Fraktion der CDU beschloss er, hierzu in der nächsten Sitzung eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

9. [Bahnverkehr voranbringen, Bürgerbeteiligung gewährleisten, Lärmschutz stärken](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2901](#)

Der Ausschuss setzte den Punkt von der Tagesordnung ab.

10. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss schlug als neuen Termin für das Jahresgespräch mit dem Gesamtverband Niedersächsischer Kreditinstitute den 14. Juni 2019 (zusätzliche Sitzung) vor und bat darum, diesen mit dem Gesamtverband abzustimmen.

**11 Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“**  
(10. Sitzung - Reise)

**Beratungsthema:**

**Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen der Bremischen Bürgerschaft**

Nach einer Präsentation durch den Geschäftsführer der bremenports GmbH & Co. KG kam es zwischen den Mitgliedern der beiden Ausschüsse zu einer Diskussion und einem Informationsaustausch über länderübergreifende Themen - insbesondere zum Naturschutzgebiet Unterweser, zum Ausbau der Mittelweser und zur Digitalisierung in den Häfen - mit dem Ziel der Weiterentwicklung gemeinsamer Zielvorstellungen.

Im Auftrage

Wiesehahn